

Interpellation Eva Gammenthaler/Tabea Rai (AL): Aufnahme von Geflüchteten

In der Sitzung vom 12. Dezember 2019 wurde die Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Nora Krummen, SP/Tabea Rai, AL): Aufnahme von im Mittelmeer in Seenot geratenen Geflüchteten mit 49 Ja, 14 Nein und 2 Enthaltungen als Richtlinie erheblich erklärt.

Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort: «Der Gemeinderat ist sich der Problematik bewusst und teilt die Einschätzung der Motionärinnen und Motionäre. Die Stadt Bern engagiert sich bereits bisher im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten für die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten und der Gemeinderat ist bereit, hier Verantwortung zu übernehmen. Er setzt sich sowohl direkt beim Bund als auch im Rahmen der Städteinitiativen Sozialpolitik zusammen mit anderen Städten für die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge ein. Er will sich auch in Zukunft dafür engagieren und ist daher bereit, diese Motion als Richtlinie entgegenzunehmen.»¹

Zurzeit harren tausende Menschen an der griechisch-türkischen Landgrenze aus, seitdem der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Ende Februar verkündet hat, dass die Türkei Geflüchtete nicht mehr an der Ausreise hindern werde. Die, die sich über die Grenze nach Griechenland wagen, erwarten jedoch wütende Einheimische und rechte Schläger, welche Flüchtlinge, Journalisten und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen gewaltvoll angreifen.

Die Situation von Geflüchteten ist seit Monaten oder gar Jahren unhaltbar. Gerade in Anbetracht der aktuellen Situation ist die Schweiz nun aber gefordert, die Respektierung der Grundrechte und die Respektierung der Menschenrechte möglich zu machen. Die Stadt Bern muss jetzt mit gutem Beispiel vorangehen und sich beim Bund und Kanton dafür einsetzen, dass die Schweiz über das Mittelmeer geflüchtete Menschen aufnimmt und deren Asylgesuche bearbeitet.

1. Inwiefern unternimmt der Gemeinderat Bestrebungen in Bezug zur Möglichkeit für die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten?
2. Was wurde in dieser Hinsicht bis jetzt konkret unternommen?

Begründung der Dringlichkeit

In der Türkei werden die Geflüchteten aktuell nicht versorgt, sondern sich selbst überlassen und für andere politische Interessenkonflikte zwischen der Türkei und der Europäischen Union missbraucht. Ihre Menschenrechte werden so missachtet. Die Schweiz verfügt über die nötige Erfahrung und Infrastruktur, um vulnerable Personen aufzunehmen und deren Asylantrag zu prüfen. So kann Griechenland als Staat an der EU-Aussengrenze entlastet werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 12. März 2020

Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler, Tabea Rai

Mitunterzeichnende:

¹ Antwort Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Nora Krummen, SP/Tabea Rai, AL): Aufnahme von im Mittelmeer in Seenot geratenen Geflüchteten/ 2019.SR.000287

Antwort des Gemeinderates

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung der Interpellantinnen bezüglich der nach wie vor unhaltbaren Zustände für im Mittelmeerraum in Seenot geratene Geflüchtete. Er teilt auch die Ansicht, dass die Schweiz über die nötige Infrastruktur und Erfahrung im Bereich der Aufnahme von Flüchtlingen und der Prüfung von Asylanträgen verfügt. Wie die Interpellantinnen erwähnen, hat sich der Gemeinderat sowohl direkt beim Bund als auch im Rahmen der Städteinitiative Sozialpolitik für die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge eingesetzt.

Die Städteinitiative Sozialpolitik engagiert sich auf Initiative diverser Städte hin, unter anderem auch derjenigen der Stadt Bern, sehr für die Direktaufnahme von Geflüchteten. Aufgrund eines Schreibens, in welchem die Anliegen der Städte dargelegt wurden, hat die Städteinitiative beim Staatssekretariat für Migration (SEM) zu diesem Thema letztmals am 22. März 2020 einen Besprechungstermin erhalten.

Das SEM verwies in diesem Gespräch mit Nachdruck darauf, dass an der bestehenden Praxis (die Aufnahme von Asylsuchenden durch den Bund sowie die Verteilung auf die Kantone) festgehalten werde und im Prozess der Erstaufnahme kein separates Engagement von Städten und Gemeinden vorgesehen sei. Fragen zur Aufnahme von Flüchtlingen seien immer mit dem jeweiligen Kanton zu koordinieren. Anträge zur Veränderung von Aufnahmekontingenten seien aufgrund der bestehenden Praxis von Kantonen oder interkantonalen Konferenzen an den Bund zu stellen. Das SEM wies weiter auf die anderen bestehenden Zugangswege für Flüchtlinge (Resettlement-Programme oder humanitäre Visa) hin. Gemäss dem vom Bundesrat verabschiedeten Umsetzungskonzept zum Resettlement sei die Schaffung zusätzlicher legaler Zugangswege für die gesetzlichen Grundlagen zu prüfen. In diesem Kontext werden die Städte als mögliche Beteiligte genannt, ohne dass jedoch bereits definiert wird, welche Rolle ihnen dabei zukäme. Im Rahmen dieser Besprechung wurden diverse ähnliche Projekte und Konzepte in Europa diskutiert. Das SEM führte im Gespräch mit den Städtevertreterinnen und -vertretern aus, dass für allfällige neue Kooperationen im Asylwesen verschiedene grundsätzliche Fragen zur praktischen Machbarkeit geklärt werden müssten. Beispielsweise die längerfristige (materielle) Versorgung der Aufgenommenen oder die Abgrenzung zwischen behördlichen Tätigkeiten und dem Engagement von Privaten. Derzeit liege noch kein Zeitplan für die weitere Bearbeitung dieser Fragen vor.

Am 15. Juni 2020 hat sich der Vorstand der Städteinitiative Sozialpolitik, in der unter anderem die Stadt Bern vertreten ist, erneut mit dem Geschäft auseinandergesetzt. Gestützt darauf haben sich acht Städte (Basel, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich) entschieden, gemeinsam ein Zeichen zu setzen und sich bereit erklärt, freiwillig mehr Geflüchtete aufzunehmen.

Am 23. Juni 2020 haben die Organisationen, welche die Kampagne «evakuieren JETZT» lanciert haben, Amnesty International Schweiz und das Netzwerk migrationscharta.ch gemeinsam ihre Petitionen und Appelle betreffend die sofortige Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge beim Bundesrat eingereicht. 130 Organisationen sowie rund 50 000 Personen haben sich im Rahmen einer öffentlichen Aktion vor dem Bundeshaus an den Bundesrat gewandt und diesen aufgefordert, ein möglichst grosses Flüchtlingskontingent aufzunehmen. An dieser Aktion haben sich auch die acht vorgenannten Städte beteiligt und die folgende Medienmitteilung veröffentlicht:

Bereitschaft der acht grössten Schweizer Städte zur Aufnahme geflüchteter Menschen

Auch wenn die schweizerische Asylpolitik eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden ist, so erfolgt die eigentliche Integration in den schweizerischen Alltag auf Ebene der Städte und Gemeinden. Die Städte spielen dabei eine besondere Rolle: Seit jeher übernehmen sie als traditionelle Ankunftsorte vieler Migrantinnen und Migranten eine Vorreiterrolle, indem sie fortschrittliche und innovative Ansätze zur besseren Integration erproben und in die Praxis

umsetzen. Dabei gehen die Städte gemeinsam mit lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren häufig oft weit über den gesetzlichen Auftrag hinaus.

Die Bevölkerungen und die politisch Verantwortlichen vieler Schweizer Städten sind der Überzeugung, dass die humanitäre Not in den Konfliktregionen, auf den Fluchtwegen und an den Grenzen Europas ein zusätzliches Engagement unseres Landes zur Aufnahme geflüchteter Menschen erfordern. Die Schweiz kann und soll mehr tun. Dazu wollen die Städte ihren Beitrag leisten.

Damit die Schweiz angesichts der humanitären Notsituation mehr Menschen Zuflucht gewähren kann, erklären sich folgende Städte dazu bereit, über die bestehenden Verpflichtungen hinaus zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen:

Der Reaktion des Bundes auf diese Petitionen sieht der Gemeinderat mit Spannung entgegen. Er sowie die Städteinitiative Sozialpolitik werden sich auch in Zukunft zu diesem Thema engagieren und sich für die Direktaufnahme von Geflüchteten einsetzen.

Bern, 1. Juli 2020

Der Gemeinderat